

# Planer-Wahl: Pro Tittling beschwert sich

Rechtsaufsicht: Bedarfsermittlung für Sanierung muss nicht ausgeschrieben werden

Von Friederike Gabriel

**Tittling.** Für die sanierungsbedürftige Grund- und Mittelschule Tittling soll Architekt Willi Neumeier eine Bedarfsplanung machen. Auf deren Grundlage will der Marktrat entscheiden, ob der Bau aus den Sechziger Jahren einer Generalsanierung unterzogen wird oder ob die Baumaßnahmen abgespeckt und in kleineren Schritten erfolgen – das hat das Gremium im Februar nach hitziger Debatte mehrheitlich beschlossen. Diese Entscheidung hat nun die Rechtsaufsicht im Landratsamt beschäftigt. Das Bürgerforum Pro Tittling hat dort schriftlich Beschwerde gegen die Vergabe an den örtlichen Planer Neumeier eingelegt. Ohne Erfolg: An der Vorgehensweise der Gemeinde ist nichts Rechtswidriges, erklärt die Aufsichtsbehörde.

Zum Hintergrund: Die Gemeinde hatte – vom Marktrat im November dazu beauftragt – per Inserat Architekten für die Bedarfsplanung gesucht. Unter den über 15 Bewerbern hat die Verwaltung vier ausgewählt und dabei auch Empfehlungen der Regierung von Niederbayern berücksichtigt: Idealerweise solle der Planer Erfahrung in Schulsanierungen und mehr als zehn Mitarbeiter mitbringen. In der Februarsitzung schlug die Verwaltung daher zunächst ein größeres Büro aus dem Nachbarlandkreis vor – dieses lehnte der Marktrat jedoch nach hitziger Debatte mit Stimmenmehrheit ab. Der zweite Vorschlag – Willi Neumeier aus Tittling – ging mehrheitlich durch. Der Architekt hat an der Schule bereits einiges geplant: Mensa und Räume für die Ganztagsbetreuung, Fassadensanierung, neue Fenster, Sanierung der Turnhalle samt Sanitär, Bücherei.

Gut zwei Wochen nach



**Der Pausenhof** der Grund- und Mittelschule Tittling: Auch er soll im Rahmen der Sanierung verschönert werden. – Foto: Kaiser/rogerimages.de

diesem Beschluss erreichte Georg Greil, Leiter der Abteilung Rechtsaufsicht im Landratsamt, eine schriftliche Beschwerde aus Tittling. Absender: Rechtsanwalt Thomas Tauer, zugleich 2. Vorstand des Bürgerforums Pro Tittling-Die Grünen. Im Auftrag des Bürgerforums bittet er die Rechtsaufsicht, die Vergabe an Architekt Neumeier zu prüfen und gegebenenfalls Schritte dagegen einzuleiten. Nach Ansicht Tauers hätte diese Vergabe erst nach einer EU-weiten Ausschreibung im so genannten VOF-Verfahren erfolgen dürfen. Neumeier hätte zudem „aufgrund fehlender Mindestanforderungen“ nicht ausgewählt werden dürfen, argumentiert Tauer in seinem Schreiben weiter – was die Mindestanforderungen wären, wird nicht weiter präzisiert. Die Beschwerde ging in Kopie gleichzeitig an die übergeordnete Regierung von Niederbayern.

Ende März erhält die Gemeinde Tittling Antwort von Rechtsaufsichtsleiter Georg Greil: Ein Einschreiten seiner Behörde sei nicht erforderlich, an der Vergabe an Willi Neumeier sei nichts Rechtswidriges. Neumeier sei in der Liste der Architektenkammer eingetragen – damit hat er laut Greil die notwendige Qualifikation. Und: Ein VOF-Verfahren sei erst ab einem Architektenhonorar von 200 000 Euro notwendig – laut Bürgermeister Helmut Willmerdinger erstellt Neumeier die Bedarfsplanung auf Stundenbasis, angesetzt seien hundert Stunden. Greil hat Tauer schriftlich um einen Beleg für die Überschreitung des fraglichen Honorarwerts gebeten, aber keine Antwort erhalten.

Die Bedarfsplanung solle ja gerade klären, ob für die Schulsanierung der Planer EU-weit ausgeschrieben werden muss, erklärt Georg Greil: „Vermutlich hat

Rechtsanwalt Tauer hier etwas falsch verstanden.“

Diese Absicht der Gemeinde bekräftigt auch Bürgermeister Willmerdinger gegenüber der PNP, der sich darüber ärgert, dass die Rechtsaufsichtsbeschwerde seine Verwaltung wochenlang „eingebremst“ habe: „Wir wussten lange nicht, wie wir rechtlich dran sind.“ Deshalb habe auch Architekt Neumeier seinen Auftrag noch nicht schriftlich.

Dieser lässt sich von all dem jedoch nicht beirren: „Ich möchte einfach so gut wie möglich meine Arbeit machen. Diese Beschwerde hat mich dabei nicht beeinträchtigt.“

Die PNP hätte gerne auch Thomas Tauer und Pro Tittling-Vorstand Ulrich Swoboda zu ihren Beweggründen für die Rechtsaufsichtsbeschwerde befragt. Auf mehrmalige Anrufe und dringende Rückruffbitten reagierten sie jedoch nicht.